



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Ruth Müller, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein SPD**

Haushaltsplan 2017/2018;

hier: Justizvollzugsanstalten:

**Aufhebung kw-Vermerk für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 50 Planstellen für den Justizvollzug
Kap. 04 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) wird im Stellenplan im Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) der Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2017/2018“ für die 10 Planstellen der BesGr. A 13 und die 40 Planstellen der BesGr. A 7 aufgehoben.

Begründung:

Infolge von Zuwanderung und Integration wurden im Nachtragshaushalt 2016 40 Planstellen für Obersekretäre, Obersekretärinnen – im Justizvollzugsdienst der BesGr. A 7 und 10 Planstellen für Regierungsräte, Regierungsrätinnen der BesGr. A 13 für Psychologen ausgebracht. Die 50 neuen Stellen sollen dazu beitragen, die besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation sowie den Anstieg der Zahl inhaftierter Schleuser zu bewältigen und zugleich der weiteren Stärkung der Suizidprophylaxe im Justizvollzugsdienst dienen. Die Stellen tragen den Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2017/2018“, fallen zum 1. August 2019 also weg.

Da ein Ende der Flüchtlingssituation nicht absehbar ist und in diesem Zusammenhang auch die Belastung der Justizvollzugsanstalten weiter steigt, fordert der Landesverband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten, bei den 50 Stellen den kw-Vermerk aufzuheben und so die Stellen dauerhaft dem Justizvollzug zu erhalten. Allein der Umstand, dass die Bevölkerung in Bayern durch Zuwanderung wächst, führt auch zu einem höheren Gefangenenstand in den bayerischen Justizvollzugsanstalten und damit zu einem Mehrbedarf an Personal in den Justizvollzugsanstalten.